

Reform im Dialog

200 170
200 DIN 19.051
140 120

Siegessäule
Durchbruch

DGB-Programm
Entwurf

C 96 - 00482

Vorwort

Die Globalisierung der Wirtschaft mit ihren Folgen, die deutsche Einheit, das Ende des Ost-West-Gegensatzes, der europäische Einigungsprozeß, Veränderungen von Werten der Menschen - allein schon diese wenigen Stichworte kennzeichnen grundlegende Veränderungen der Rahmenbedingungen für unsere gewerkschaftliche Politik. Sie erfordern praktisch-politische und organisations-politische Konsequenzen, aber auch eine kritische Bestandsaufnahme unserer Grundsatzprogrammatik von 1981.

Den Startschuß für eine breit angelegte Programmdebatte hat der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung im Januar 1992 gegeben. Auf der Grundlage von Leitfragen fanden seitdem zahlreiche Veranstaltungen statt; im DGB und in den Gewerkschaften, auf örtlicher und auf überregionaler Ebene. Es wurden dabei viele Stellungnahmen und programmatiche Aussagen erarbeitet, die alle an die Programmkommission weitergeleitet wurden, die der Bundesvorstand 1992 eingesetzt hatte. Die Programmkommission führte die Beiträge zusammen, berücksichtigte sie bei den Arbeiten an einem Programmentwurf und brachte diese Beiträge in zahlreiche Werkstattgespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften ein.

Mit anderen Worten: Am Beginn der Diskussion stand nicht ein Programmentwurf; statt dessen ist der uns heute vorliegende Entwurf das Ergebnis der bisherigen Diskussion und eines breit angelegten Dialogs. Wir haben damit die programmatiche Erneuerung des DGB als einen offenen Reformprozeß initiiieren und durchführen können.

So soll es auch weitergehen, bis der außerordentliche Bundeskongreß des DGB im November 1996 ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet.

Unser Ziel ist an erster Stelle, uns selbst auf ein neues Grundsatzprogramm zu verständigen. Daneben geht es darum, den DGB und seine Gewerkschaften als kompetente Diskussionspartner im öffentlichen Dialog zu präsentieren und einen Beitrag zur Zukunftsgestaltung unserer Gesellschaft zu leisten. Jetzt steht der Programmentwurf zur politischen Bewertung und Beschlusffassung durch die Gewerkschaften auf unserem außerordentlichen DGB-Bundeskongreß vom 13. bis 16. November 1996 in Dresden. Ich lade auch die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Wirtschaft, aus den Wissenschaften und den Medien ein, mit uns über unsere programmatiche Erneuerung und über die Gestaltung einer sozialen und sicheren Zukunft unseres Landes zu diskutieren.


Dieter Schulte
(Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes)



UNSERE ZUKUNFT - AUFFORDERUNG ZUR MITARBEIT

Gewerkschaften sind Interessenvertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Sie streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der Einkommen, Vermögen und Lebenschancen gerecht verteilt sind.

Sie streiten für die Vision einer lebenswerten Zukunft, in der Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung durch eine Reform der Industriegesellschaft dauerhaft gesichert werden.

Die parlamentarische und repräsentative Demokratie ist die wichtigste Errungenschaft moderner Gesellschaften. Die Gewerkschaften werden sie gegen alle Angriffe verteidigen und wollen sie weiter ausbauen. Wir streiten für eine weitere Demokratisierung von Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Gewerkschaften engagieren sich für Menschen- und Bürgerrechte wie für die Rechte und Chancen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, selbstbestimmt arbeiten und leben zu können.

Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz leiten seit jeher unser Handeln. Sie sind auch an der Schwelle zum 21. Jahrhundert die entscheidende Grundlage, den Frieden in Europa wie weltweit zu sichern und soziale Interessen-gegensätze und Konflikte ausgleichen zu können.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat in ihrer traditions-reichen Geschichte große Erfolge erzielt. Die Existenz von ver-schiedenen Richtungsgewerkschaften hat aber in bestimmten historischen Phasen zu gegenseitigen Behinderungen geführt. Der Zusammenschluß vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen der Gewerkschaften in der Einheits-gewerkschaft, auf der Basis gleicher Interessen, gemeinsamer Grundwerte und gegenseitiger Toleranz, war und ist die Voraus-setzung für Durchsetzungsvermögen und Gestaltungskraft. Wir wollen diese Vielfalt in der Einheit erhalten und weiter ausbauen. Darauf gründet sich unser Anspruch, für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sprechen.

Unsere Grundwerte waren und sind entscheidende Voraussetzung für die Erfolge der Gewerkschaften. Sie werden unser Handeln auch unter den Bedingungen von Globalisierung und gesellschaftlichem Wandel bestimmen und die Durchsetzungskraft der Ge-werkschaften stärken.

In der Auseinandersetzung um die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen, der gesellschaftlichen und politischen Stellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind die Gewerkschaften zu einer starken und erfolgreichen Schutz- und Gestaltungsmacht geworden. Heute leben in Deutschland viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Wohlstand, der für frühere Generationen unvorstellbar war. Zugleich erfahren sie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert Massenarbeitslosigkeit, neue Armut und die Demontage von sozialen Leistungen, die als gesichert galten.

Starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaften sind auch für die Zukunft unserer Gesellschaft unverzichtbar. Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit prägt nach wie vor die wirtschaftliche wie die gesellschaftliche Entwicklung kapitalistisch verfaßter Marktwirtschaften. Gleichzeitig haben Widersprüche politisches und gesellschaftliches Gewicht bekommen, die nicht auf den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit zurückzuführen sind. Konflikte zwischen den Geschlechtern, Widersprüche zwischen ökonomischer Entwicklung und Raubbau an Natur und Rohstoffen, der Widerspruch zwischen zunehmender Weltöffnenheit der Menschen und dem Aufbrechen ethnischer Konflikte und dem Wiedererstarken nationalistischen Denkens erfordern nicht nur erweiterte und andere Erklärungen, sondern auch ein erweitertes Verständnis gewerkschaftlichen Handelns.

Die Art und Weise, wie Gewerkschaften und Arbeitgeber gegenseitliche Interessen im Konflikt wie in der Kooperation austragen, hat zu Wohlstand, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und zur Festigung der Demokratie beigetragen.

Neue Herausforderungen und Konflikte erfordern auch zukünftig die Schutz- und Gestaltungskraft der Gewerkschaften, ohne daß die traditionellen Fragen an Bedeutung verlieren. Soziale Gerechtigkeit bei ökologischer Erneuerung ergibt sich nicht aus dem Selbstlauf des Marktes. Sie kann nur durch gesellschaftliche Steuerung und damit auch durch gewerkschaftliche Interessenvertretung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft erreicht werden. Marktradikalismus und Deregulierung tragen zur Entfesselung gerade der zerstörenden Kräfte bei. Gesellschaftliche Spaltung und ökologische Zerstörung gefährden den Sozialstaat und damit die soziale Grundlage von Demokratie.

Im Widerspruch von einzelwirtschaftlicher Rationalität und gesellschaftlicher Vernunft werden die Gewerkschaften auch zukünftig die humanen und sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen der Menschen, für die Erwerbsarbeit Grundlage ihrer Lebensplanung und Lebensgestaltung ist, vertreten. Sie werden unter den veränderten Bedingungen ihre Konfliktfähigkeit sichern und ihre Kooperationsfähigkeit erweitern. Soziale Gegenmacht und gesellschaftliche Gestaltungskraft bleiben unverzichtbar.

Herausforderungen liegen vor allem

- in der Globalisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und den damit verbundenen Umbrüchen unseres Produktions-, Arbeits- und Gesellschaftssystems,
- in der Massenarbeitslosigkeit und der wachsenden gesellschaftlichen Spaltung;
- in der Zunahme der ökologischen Zerstörung,
- in der Individualisierung und Differenzierung der Lebensstile und Wertorientierungen der Menschen;
- in gesellschaftlichen Barrieren und Machtstrukturen, die noch immer eine geschlechtsspezifische Zuteilung von Chancen zementieren;
- in den Folgen des Zusammenbruchs der kommunistischen Staaten, der eine lange Ära des Denkens in ideologischen Blöcken beendet hat,
- in der Schaffung der deutschen Einheit, die unser Land vor einer beispiellose Integrationsaufgabe stellt.

Es mehrhen sich die Anzeichen, daß sich der gesellschaftliche Zusammenhalt aufzulösen beginnt. Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlung nehmen zu. Der Konsens, der unsere Gesellschaft über Jahrzehnte geprägt hat und der in unserer Sozialstaatlichkeit zum Ausdruck kommt, droht zu zerfallen.

Die Gewerkschaften stellen sich den veränderten Realitäten in Unternehmen und Wirtschaft, in Politik und Gesellschaft. Sie wollen die Risiken begrenzen und die Chancen entfalten.

Der weltwirtschaftliche Umbruch führt zu verschärfter Konkurrenz zwischen den Industrieländern einerseits, zu einem ruinösen Wettbewerb um Standortvorteile zwischen Industrieländern und Schwellen- wie Entwicklungsländern andererseits. Die weltweite Vernetzung von Informationen stützt die Globalisierung unternehmerischen Handels wie die weltwirtschaftliche Integration. Zentralisierung ökonomischer Macht und Entscheidungen und Dezentralisierung unternehmerischen Handelns gehen Hand in Hand.

Zugleich wird die soziale Existenzgrundlage unserer Gesellschaft zunehmend durch Arbeitslosigkeit und Armut gefährdet. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Die Entwicklungsländer verharren in ökonomischer Abhängigkeit, Stagnation und Massenelend.

Mit dem Ende einer in Ost und West gespaltenen Weltordnung sind nicht nur neue Märkte und Konkurrenten um Arbeitsplätze entstanden, sondern auch Chancen einer friedlichen Entwicklung, auf Völkerverständigung und kulturellen Austausch eröffnet worden. Gleichzeitig bietet die globale Integration neue Chancen einer erweiterten weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit, des sozialen Ausgleichs, der politischen Gestaltung und ökologischen Erneuerung. Die Gewerkschaften treten für eine demokratische, soziale und wirtschaftlich starke Europäische Union ein. Ihr kommt eine besondere Verantwortung im Rahmen einer sozial gerechten Weltwirtschaftsordnung zu, in der auch Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Chancen entfalten können müssen.

Die Umbrüche in Arbeits- und Produktionssystemen, bei Dienstleistungen, privaten und öffentlichen Verwaltungen haben zu Massenarbeitslosigkeit und vertiefter sozialer Spaltung geführt. Weltmarktkonkurrenz, enger werdende Verteilungsspielräume und knappere öffentliche Mittel werden zum Anlaß, die Bewältigung ökologischer Probleme zurückzustellen.

Im Rahmen dieser Umbrüche und mit Hilfe neuer Technologien können zugleich Möglichkeiten der Produktivitätsentfaltung und Voraussetzungen für gesellschaftlichen Reichtum erschlossen werden. Die Chancen für eine nachhaltige Entwicklung müssen gezielt genutzt werden. Insbesondere die Industriestaaten stehen in der Verantwortung, mit dem ökologischen Umbau zu beginnen.

Neue Organisations-, Produktions- und Dienstleistungskonzepte müssen genutzt werden, neue Produkte und Dienstleistungen sowie neue Beschäftigungsfelder zu erschließen, Erwerbsarbeit qualifiziert weiterzuentwickeln und die Beteiligungs- und Gestaltungschancen der Menschen zu erweitern.

Veränderte Lebenserfahrungen und Wertorientierungen führen oftmals zu mehr Selbstbezogenheit, Vereinzelung und sozialer Kälte. Aber auch Wünsche der Menschen nach Selbstantfaltung und Eigeninitiative, nach selbstbestimmter Arbeit, Beteiligung und Mitbestimmung werden gestärkt. Es entstehen neue Erfahrungen und Voraussetzungen dafür, daß Mitbestimmung und Demokratisierung von Arbeitswelt und Wirtschaft zu einer die Menschen bewegenden Idee werden können.

Solidarität ist keine Selbstverständlichkeit, auf die man aufgrund gleicher Lebenslagen, gleicher sozialer Herkunft und gleicher kultureller Bindungen bauen kann. Solidarität ist stärker als früher Ergebnis von Einsicht, die geweckt und gestärkt werden muß.

Da sich Individualität und Selbstantfaltung nur auf der Grundlage kollektiver Sicherungssysteme voll entwickeln können, müssen wir die sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Persönlichkeit erhalten und weiterentwickeln.

Für die Gewerkschaften ist der im Grundgesetz verankerte Sozialstaat die Voraussetzung für eine marktwirtschaftliche Ordnung. Er hat die Verpflichtung, das Recht auf Arbeit zu verwirklichen und gleichwertige Lebensbedingungen der Menschen in den einzelnen Regionen zu schaffen. Er muß Chancengleichheit sowie soziale Gerechtigkeit herstellen und das System der sozialen Sicherheit erhalten und ausgestalten. Er hat den Auftrag, durch eine hochwertige Infrastruktur, durch leistungsfähige öffentliche Dienste und durch eine konsequente Umweltpolitik für mehr Lebensqualität zu sorgen.

Emanzipation und Selbstbewußtsein der Menschen führen dazu, daß ihr Bedürfnis nach Mitgestaltung wächst. Der Sozialstaat muß die kulturelle Vielfalt fördern. Vor allem muß er den Einzelnen wie den gesellschaftlichen Gruppen Handlungsräume für die demokratische Mitgestaltung unserer Wirtschaft und Gesellschaft gewährleisten. Mitbestimmung und Tarifautonomie gehören zu den wesentlichen Voraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft.

So wird der Sozialstaat zu einem Fundament unserer Gesellschaftsordnung.

Auch wir als Gewerkschaften sind verantwortlich, daß diese Gesellschaft Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, nachhaltiges Wachstum und ökologische Erneuerung verwirklicht und auf den Vorrang von Arbeit und Umwelt, auf soziale Vernunft und friedlichen Interessenausgleich setzt.

Wir fordern alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, die Gewerkschaften zu stärken und an der Verwirklichung unserer Ziele mitzuwirken. Wir laden alle gesellschaftlichen Gruppen, die sich an den Grundwerten von Demokratie und Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit orientieren, zur Zusammenarbeit ein. So erhalten und erweitern wir unsere Kraft zur Mitgestaltung und Reform der Gesellschaft.

I. DIE ZUKUNFT DER ARBEIT

Attraktive Arbeit für jede Arbeitnehmerin und jeden Arbeitnehmer, ein eigenverantwortliches, vielseitiges Arbeiten und eine gerechte Verteilung der Einkommen: Dies sind die zentralen Ziele der gewerkschaftlichen Politik.

1. Arbeit schaffen und Arbeit teilen

Arbeit bedeutet mehr als bloße Existenzsicherung. Sie ist die wesentliche Voraussetzung für die Selbstverwirklichung der Menschen und für ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Arbeit schafft gesellschaftlichen Wohlstand und Lebensqualität.

Wohlstand entsteht nicht nur durch Erwerbsarbeit. Auch Familien- und Erziehungsarbeit sowie ehrenamtliches Engagement leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Allerdings sind Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit zwischen den Geschlechtern noch immer ungleich verteilt. Die Gestaltung der Erwerbsarbeit orientiert sich noch immer am "Normalarbeiter". Auch überkommene Denkweisen und eine mangelhafte gesellschaftliche Unterstützung bei der Kinderbetreuung zwingen Frauen in die Doppelbelastung von Erwerbs- und Hausarbeit. Gesellschaftliche Herrschaftsstrukturen behindern eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter. Besonders in Positionen mit gesellschaftlicher Macht und Verantwortung sind Frauen unterrepräsentiert.

Das Recht auf Arbeit ist für uns ein Menschenrecht. Jede Frau und jeder Mann muß die Chance haben, eine Arbeit auszuüben, die eine menschenwürdige Existenz ermöglicht.

Der Sozialstaat darf Massenarbeitslosigkeit nicht hinnehmen. Sie schadet den Menschen und der Gesellschaft. Für Betroffene bedeutet Arbeitslosigkeit Zukunftsangst, einen sinkenden Lebensstandard, oftmals Not und Isolation. Qualifikationen, Kreativität und der Leistungswille von Millionen von Menschen gehen verloren. Gleichzeitig beschränken die Kosten der Arbeitslosigkeit die Mittel für dringend erforderliche Reformen. Deshalb hilft der Abbau der Massenarbeitslosigkeit nicht nur den Betroffenen. Er ist zugleich die wichtigste Voraussetzung, den Sozialstaat zu erhalten und auszubauen.

Die Gewerkschaften werden all ihre Kräfte darauf konzentrieren, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Dazu wollen wir auch die Chancen zur Arbeitszeitverkürzung in ihrer ganzen Vielfalt nutzen. Die Beschäftigten wünschen mehr Zeitsouveränität, geschützte Zeiten für gemeinsames Leben, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vor allem Beschäftigungssicherung.

Vollbeschäftigung kann auf absehbare Zeit nicht bedeuten, daß für jede und jeden ein Arbeitsplatz im Sinne eines herkömmlichen Normalarbeitsverhältnisses zur Verfügung steht. Darum können neue Formen von Beschäftigungsverhältnissen bei sozialer und rechtlicher Absicherung die bisherigen Arbeitsformen sinnvoll ergänzen.

Die Gewerkschaften erwarten auch von den Arbeitgebern und den politisch Verantwortlichen, daß sie alle Anstrengungen unternehmen, um die Vollbeschäftigung wiederherzustellen. Wir fordern von Unternehmern und von der öffentlichen Hand Investitionen und Innovationen, die eine nachhaltige Entwicklung fördern. Parlamente und Regierungen sind aufgerufen, sich für eine aktive Beschäftigungspolitik einzusetzen.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden eine solche Politik unterstützen, indem wir Initiativen zur Beschäftigungssicherung durchsetzen und Innovationen vorantrieben. Mit breiteren Produkt- und Dienstleistungsportfolios, Produktkonversion und modernerer Produktions- und Dienstleistungsgestaltung wollen wir Arbeitsplätze sichern. Falls Personalabbau dennoch unumgänglich wird, muß öffentlich geförderte Beschäftigung als Brücke zu neuer Arbeit dienen.

Der Einsatz der Gewerkschaften wird künftig noch stärker darauf zielen, gleiche Chancen für Frauen und Männer im Arbeitsleben tatsächlich zu erreichen. Kürzere Arbeitszeiten können helfen, die Arbeit zwischen Frauen und Männern gerechter zu verteilen. Frauenförderung und Quotenregelungen müssen dazu beitragen, Benachteiligungen abzubauen und beiden Geschlechtern gleiche Karrierechancen zu ermöglichen. Frauen sollen bei Einstellungen, Qualifizierungsmaßnahmen und der Personalentwicklung besonders begünstigt werden. Betriebliche Frauenförderpläne müssen die Gleichstellungspolitik in den Betrieben verbindlich machen.

2. Wandel der Arbeit

Strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft und technisch-organisatorischer Wandel haben in den vergangenen Jahrzehnten die Arbeit verändert. Neue Organisations-, Produktions- und Dienstleistungskonzepte setzen auf die Ausschöpfung aller Produktivitätsreserven und auf die umfassende Nutzung von Qualifikationen, Kompetenzen und Motivation der Beschäftigten.

Es ist absehbar, diese neuen Konzepte und die weitere informationelle Vernetzung Rationalisierungsprozesse verstärken. Sie sind zugleich mit neuen Leistungsanforderungen und betrieblichen Auswahlprozessen verbunden; ältere, geringer qualifizierte und leistungsschwächere Arbeitnehmer und vor allem Arbeitnehmerinnen werden zunehmend ausgesiegt. Zugleich bieten sie aber auch neue Möglichkeiten der Gestaltung von Produktions- und Dienstleistungsarbeit, erschließen neue Chancen, die Arbeit vielfältiger, kooperativer und unter Beteiligung der Betroffenen zu gestalten.

Die kommunikationstechnische Vernetzung von Arbeitsplätzen, Betrieben und Unternehmen und die Anwendung von Multimedia führen zu neuen Formen der Telearbeit und Kooperation. Zunehmend läßt sich Wertschöpfung losgelöst von herkömmlichen Arbeitsstätten realisieren. In Datennetzen operierende Unternehmen begünstigen die Verlagerung von Arbeit und eine weitere Globalisierung der Arbeitsmärkte. Ohne rechtzeitige Gestaltung ist absehbar, daß dieser technische wie kulturelle Veränderungsprozeß das Normalarbeitsverhältnis infrage stellt, den sozialen Charakter der Arbeit aufzulösen droht und den beschäftigungspolitischen Problemdruck verschärft.

Politische Deregulierung, die Privatisierung öffentlicher Bereiche und die angesichts der Massenarbeitslosigkeit wachsende Bereitschaft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihre Ansprüche an einen Arbeitsplatz zu reduzieren, begünstigen darüber hinaus die Ausbreitung ungeschützter Beschäftigung wie die Herausbildung neuer Formen abhängiger Selbständigkeit.

Unsere Mitbestimmungsrechte wie die gewachsenen Strukturen betrieblicher und tarifvertraglicher Interessenpolitik reichen nicht aus, die neuen, oftmals außerhalb betrieblicher Zusammenhänge angesiedelten Beschäftigungsverhältnisse zu regulieren und zu gestalten.

Dienstleistungsberufe, bei denen die soziale, pädagogische oder beratende Tätigkeit für Menschen im Mittelpunkt steht, werden - auch angesichts der neuen Medien - an Bedeutung gewinnen. Dem ist bei der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen Rechnung zu tragen.

Die Entwicklung in diesem Bereich ist offen und politisch gestaltungsfähig. Wir brauchen aber mehr Klarheit über die Auswirkungen der informationstechnischen Vernetzung auf die Arbeits- und Sozialbedingungen. Deshalb fordern die Gewerkschaften einen gesellschaftlichen Dialog und verstärkte Forschungsaktivitäten über die Chancen und Risiken digitalisierter Welten. Wir werden uns verstärkt der Frage widmen, wie die Arbeit unter den veränderten Bedingungen humanisiert werden kann. Das kann nur gelingen, wenn die Erfahrung der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Betrieben und Verwaltungen mit den Forschungsergebnissen der Wissenschaft zusammenfließen und dies Auswirkungen auf die Forschungs- und Technologiepolitik hat. Schon jetzt ist erkennbar: Um die Chancen ausschöpfen zu können, ist humane Gestaltung und Regulierung notwendiger denn je.

3. Wir wollen die Arbeit der Zukunft gestalten

Die Gewerkschaften haben sich seit jeher für die Humanisierung der Arbeit, für Gesundheitsschutz und zumutbare Leistungsanforderungen engagiert. Arbeit muß Selbstverwirklichung ermöglichen und die Qualifikationen und die Zusammenarbeit mit anderen fördern. In dieser Tradition wollen wir auch die neuen Produktions- und Organisationskonzepte gestalten. Unser Leitmotiv lautet: Chancen nutzen, Risiken begrenzen.

Wir wollen die Arbeit human gestalten, eine konsensfähige Leistungspolitik verhandeln und neue Wege der Beschäftigungsicherung gehen. Dazu gehören auch Vereinbarungen, in denen die Beteiligung und Qualifizierung von Betroffenen und Beschäftigtengruppen verbindlich festgeschrieben wird. Der solidarische Ausgleich zwischen "Gewinnern" und "Verlierern" der neuen Rationalisierungsstrategien bleibt für uns herausragendes Gestaltungsprinzip.

Nicht alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse unter Zwang ein. Viele Menschen nutzen sie, um Arbeit und individuelle Lebensplanung besser in Einklang zu bringen. Wir wollen solchen unterschiedlichen Interessen der Beschäftigten zukünftig starker gerecht werden.

Freiheit und Selbstentfaltung in der Arbeit setzen Regelungen vor aus, die Schutz vor Abhängigkeit und Willkür bieten und die zugleich Spielräume für eine individuelle Ausgestaltung der Arbeit eröffnen. Dies bedeutet: Rechtliche Absicherung und soziale Gestaltung, Sozialversicherungspflicht, tarifvertraglicher Schutz und betriebliche Interessenvertretung sind unverzichtbar.

Im Zuge dieser Bemühungen werden die Gewerkschaften alles daran setzen, den kommunikativen Charakter der Arbeit zu erhalten. Es ist keine erstrebenswerte Zukunftsvision, daß Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur noch über weltweit operierende Datennetze untereinander in Kontakt treten.

4. Gestalten durch rechtliche Absicherung und Tarifvertrag

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten auch in Zukunft den kollektiv orientierten Schutz durch ihre Gewerkschaften. Zugleich verlangen sie die stärkere Berücksichtigung ihrer jeweiligen unterschiedlichen Interessen. Unser Prinzip lautet: Auf der Grundlage kollektiver Regelungen wollen wir mehr individuelle Rechte, Wahl- und Beteiligungsmöglichkeiten schaffen.

Die Gewerkschaften plädieren dafür, die Individualrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Grundlage des Betriebs- und Personalvertretungsrechts zu stärken. Dazu gehören Reklamations- und Beteiligungsrechte und ein Arbeitsverweigerungsrecht, wenn die Arbeitsbedingungen gegen Grundrechte verstößen, sowie das Recht auf Selbstbestimmung über personenbezogene Daten.

Wir setzen uns dafür ein, das traditionelle Verständnis des Begriffs "Arbeitnehmer" zu erweitern, damit auch bislang ungeschützte Beschäftigte und ökonomisch abhängige Selbständige in den Gültigungsbereich des Betriebs- und Personalvertretungsrechts fallen. Kollektive Interessenvertretung ist eine Grundvoraussetzung für Menschenwürde im Betrieb und für die reale Durchsetzung von Tarifverträgen und Arbeitsschutzzvorschriften.

Betriebsaufspaltungen, der Einsatz von Fremdfirmen, die Neugliederung von Unternehmen und Konzernen erfordern zugleich eine Erweiterung des Betriebs- und Unternehmensbegriffs. Die Gewerkschaften setzen sich entschieden dafür ein, daß durch eine Novellierung der Betriebsverfassung die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Interessenvertretung und Mitbestimmungspraxis verbessert werden. Dazu sind zum einen die Rechte, Betriebsräte in Kleinstbetrieben zu bilden, auszubauen. Dazu sind zum anderen Grundlagen zu schaffen, die eine standortbezogene Interessenvertretung aller im Betrieb Beschäftigten und eine bessere betriebsübergreifende Interessenvertretung erlauben.

Die Gewerkschaften wollen ihre tarifvertragliche Handlungsfähigkeit und Durchsetzungskraft und damit ihre Schutz- und Gestaltungsaufgaben stabilisieren und ausbauen.

Die Sicherung der Tarifautonomie ist hierfür unerlässlich; sie bleibt eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften. Tarifautonomie hat sich als effizientes Instrument der Konfliktregulierung und - auch im internationalen Vergleich - als erfolgreiches Modell erwiesen. Wir fordern die Tarifautonomie auch für Beamte.

Zur Tarifautonomie gehört das Streikrecht. Demokratisch legitimierte Streiks sind als Mittel der gewerkschaftlichen Gegenwehr und der sozialen Gestaltung unverzichtbar. Wir fordern, die Aussperrung zu verbieten und die Veränderungen des Arbeitsförderungsgesetzes wieder rückgängig zu machen, die vorgenommen wurde, um die Streikfähigkeit der Gewerkschaften zu schwächen.

Zur Tarifautonomie und zum Flächentarifvertrag gehören auch Arbeitgeberverbände, die sowohl die Bindung ihrer Mitglieder an den Verband als auch die Verbindlichkeit geschlossener Verträge zusichern können. Die Gewerkschaften haben deshalb ein grundsätzliches Interesse an starken Arbeitgeberverbänden. Wir betrachten mit Sorge, daß sich manche Arbeitgeber den Tarifverträgen entziehen, sei es durch tarifwidrige Betriebsvereinbarungen oder durch den Austritt aus den Arbeitgeberverbänden.

Die Antwort auf globalisierte Märkte, sich ausdifferenzierende Branchenbedingungen und Produktionsstrukturen kann weder eine marktradikale Deregulierung sein, die die Funktionsfähigkeit des Tarifvertragssystems aushölt, noch eine einzelvertragliche Regelung von Entgelt und Arbeitsbedingungen, die das Solidarprinzip außen vor läßt. Der Flächentarifvertrag nutzt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitgebern: Er sorgt einerseits für relativ krisensichere Einkommens- und Arbeitsbedingungen, zum anderen für klare Kalkulationsgrundlagen und vergleichbare Konkurrenzbedingungen.

Wir streben ein neues Verhältnis von Flächentarifverträgen und der jeweiligen Umsetzung in den Betrieben an. Flächentarifverträge müssen so gestaltet werden, daß sie den unterschiedlichen Realitäten in den einzelnen Branchen und Unternehmen entsprechen. Dazu wollen wir in den Flächentarifverträgen Optionen verankern, die Wahl- und Gestaltungsperspektiven für die betriebliche Umsetzung eröffnen.

Gemeinsame Mantel- und Entgelttarife sind wichtig, um die überkommene Trennung von Arbeitern, Angestellten und Beamten überwinden zu können. Die Schritte, die zur Überwindung dieser Statusdifferenzierung mit gemeinsamen Entgelttarifverträgen, Forderungen nach einem einheitlichen Personalrecht sowie nach gemeinsamer Sozialversicherung eingeleitet wurden, werden wir entschieden forsetzen.

Bei aller Offenheit für situationsangepaßte Lösungen bleibt klargestellt: Die Regelung von Entgelt und Arbeitsbedingungen in den Flächentarifen bleibt das zentrale Instrument, um Mindestbedingungen verbindlich festzulegen. Das Solidarprinzip tarifpolitischer Gestaltung darf nicht ausgehöhlt werden. Wir wollen auch ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse tarifvertraglich absichern.

Die globalisierte Wirtschaft verlangt auch tarifpolitisch von den Gewerkschaften eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Mittelfristig müssen Schutz- und Gestaltungsregeln über Ländergrenzen hinaus Geltung besitzen. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping.

Gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund streben wir eine europaweit koordinierte europäische Tarifpolitik an. Wir fordern, in der Europäischen Union ein gemeinsames Tarifrecht einzuführen.

5. Beteiligung und Mitbestimmung ausbauen

Politische Demokratie muß durch wirtschaftliche und soziale Demokratie auch in der Arbeitswelt ergänzt und gefestigt werden.

Die Mitbestimmung hat sich bewährt. Nur dadurch konnten tiefgreifende Strukturveränderungen sozialverträglich gestaltet werden. Auf neue Herausforderungen - von der Globalisierung bis zu ökologischen Fragen - gehen die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bisher nicht genügend ein. Eine zukunftsorientierte Politik der Unternehmen erfordert mehr Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften.

Der Ausbau der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz ist überfällig. Neue Managementstrategien fordern mehr Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Team- und Gruppenarbeit. Wir stellen uns dafür ein, die damit verbundenen Chancen für mehr Mitbestimmung zu nutzen und verbindlich festzuschreiben. Dies erfordert die Verankerung von Reklamationsrechten sowie von Beteiligungsrechten und -zeiten in der Betriebsverfassung sowie im Personalvertretungsrecht.

Die Gewerkschaften fordern, die Informations-, Beratungs- und Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten zu stärken und ihre Arbeitsmöglichkeiten zu verbessern. Erst recht gilt dies für die Betriebs- und Personalräte in kleineren Betrieben und Verwaltungen. Betriebs- und Personalräte müssen - gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten - Mitbestimmungs- und Initiativrechte bei der Entwicklung und Gestaltung von Produkten und Dienstleistungen, bei der Produktionsplanung und bei der Standortauswahl erhalten.

Auch die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes haben einen Anspruch auf Mitbestimmung. Die verfassungsmäßigen Rechte der Parlamente sind mit qualifizierten Mitbestimmungsrechten der Personalräte vereinbar.

Die Gewerkschaften setzen sich für eine Unternehmenspolitik ein, die Rentabilität mit sozialen und ökologischen Belangen und mit regionalpolitischer Verantwortung verbindet. Dazu erfordert den Ausbau institutionalisierter Mitbestimmung auf Unternehmensebene und eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte. Die Montanmitbestimmung bleibt Maßstab für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Mitbestimmung.

Immer mehr ökonomische Entscheidungen werden in weltweit operierenden Unternehmenszentralen getroffen. Die Gewerkschaften fordern mehr Informations-, Konsultations- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretung. Die Richtlinie der Europäischen Union über die Einsetzung von Euro-Betriebsräten darf nur ein erster Schritt in Richtung eines sozialen Europas sein, auch wenn wir alle Chancen nutzen werden, Euro-Betriebsräte zu gründen und mit Leben zu erfüllen. Auch auf europäischer Ebene müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretung an unternehmenspolitischen Entscheidungen, an sozial-, industrie- und regionalpolitischen Weichenstellungen beteiligt sein.

II. GESTALTUNG DER ÖKONOMIE

Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und mehr Lebensqualität sind für die Gewerkschaften die wichtigsten Ziele ökonomischen Handelns. Sie sind unverzüglich verbunden mit einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung, die qualitatives Wachstum und eine sozial gerechtere Weltwirtschaftsordnung umfaßt.

1. Vollbeschäftigung verwirklichen

Die Gewerkschaften wollen diese Ziele mit Hilfe einer sozial-ökologischen Reformstrategie erreichen. Sie soll die Arbeitslosigkeit überwinden und Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in Einklang bringen. Die sozial-ökologische Reform grenzt sich bewußt ab von der Vorstellung, der Anschluß an die Weltmärkte sei zu erhalten, wenn auf nationale Reformen, vor allem in der Sozial- und Umweltpolitik, verzichtet werde. Wir wollen Wettbewerbsfähigkeit und Reformfähigkeit sinnvoll miteinander verknüpfen.

Ein Wettlauf mit den Ländern, die niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen vorzuweisen haben, kann weder den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern noch die Vollbeschäftigung wiederherstellen. Die Gewerkschaften plädieren statt dessen für einen Wettbewerb, der sich auf die Qualifikation und Kreativität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stützt. Wir engagieren uns dafür, daß hochwertige, ökologisch verantwortbare Güter hergestellt und zusätzliche Dienstleistungen angeboten werden. Unser Motto lautet: Wettbewerb durch Innovation auf der Grundlage fairer Wettbewerbsbedingungen.

Der Sozialstaat muß Arbeit und Beschäftigung wieder in den Mittelpunkt stellen und seine Finanz- und Steuerpolitik darauf ausrichten. Neue Akzente sind in der Wirtschafts- und Strukturpolitik erforderlich. Dem industriellen Sektor, dem Rückgrat des Wirtschaftsstandortes Deutschland, muß eine dauerhafte Perspektive gegeben werden.

Bildung, Forschung und Technologie sind Schlüsselfaktoren im weltweiten Standortwettbewerb und damit im Kampf um Vollbeschäftigung. Die Gewerkschaften setzen sich für eine langfristig orientierte, staatlich geförderte Innovationsoffensive ein. Sie soll auf zusätzliche Arbeitsplätze ausgerichtet sein, neue Märkte und Wachstumsfelder erschließen und die nachhaltige Entwicklung fördern. Wir fordern die Sicherung der vorhandenen Infrastruktur, etwa im Wasser- und Abwasserbereich, und ihren weiteren Ausbau, insbesondere im Energie-, Verkehrs- und Telekommunikationsbereich. Im Verkehrsbereich müssen umwelt- und ressourcenschonende Verkehrssysteme weiter ausgebaut werden. Die Fördermittel in der Forschungs- und Technologiepolitik müssen kräftig aufgestockt werden. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen gezielte Unterstützung.

Dies sind Voraussetzungen für zukunftssichere Arbeitsplätze und dient darüber hinaus der Lebensqualität der Menschen.

Auch in Zukunft bleibt es notwendig, öffentliche Kredite gezielt für Zukunftsinvestitionen zu verwenden. Sie zahlen sich längerfristig durch neue Arbeit und zusätzliche Steuer- und Beitragseinnahmen aus.

Wachsende Bedeutung für die Vollbeschäftigung messen die Gewerkschaften der Politik auf europäischer Ebene bei. Wir unterstützen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Sie muß aber mit einer Wirtschafts- und Strukturpolitik einhergehen, die konsequent am Vollbeschäftigungsziel ausgerichtet ist, und durch eine aktive europäische Sozial- und Umweltpolitik begleitet werden.

2. Ökologisch wachsen und umsteuern

Wer das Leben der Menschen für die Zukunft sichern will, muß ökologisch umsteuern. Der Ressourcen- und Energieverbrauch muß erheblich reduziert werden. Das bedeutet auch, unsere Konsum- und Lebensgewohnheiten zu ändern. Wir wollen erreichen, daß der Wohlstand der Bevölkerung steigt, indem sich die Lebensqualität der Menschen verbessert.

Unser Ziel ist der Übergang vom nachsorgenden zum vorsorgenden Umweltschutz. Deshalb sind die Belastungen der Luft, des Wassers und des Bodens so zu begrenzen, daß jede vermeidbare Beeinträchtigung unterbleibt. Auch die Landwirtschaft muß sich an ökologischen Notwendigkeiten orientieren. Vor allem wollen wir die Kreislaufwirtschaft durchsetzen. Das setzt ein tiefgreifendes Umweltbewußtsein schon bei der industriellen Produktion voraus. Wir wenden uns gegen eine Verlagerung umweltschädlicher Produktionen ins Ausland und setzen uns für den ökologischen Umbau an den bestehenden Standorten ein.

Die Gewerkschaften treten dafür ein, daß die Notwendigkeit des Umweltschutzes international anerkannt wird. Wir fordern eine europa-, möglichst sogar weltweite Vereinheitlichung der Umweltstandards auf hohem Niveau. Die Industrienationen haben dabei eine beispielhafte Rolle zu übernehmen.

Eine wirtschaftlich wettbewerbsfähige, sichere und ökologisch verträgliche Energieversorgung zählt zu den zentralen Zielen der sozial-ökologischen Reform. Die rationelle und sparsame Energieerzeugung und -verwendung hat eine Schlüsselrolle für eine nachhaltige Entwicklung. In der Forschung, bei der Produktentwicklung und bei der Markteinführung müssen regenerative Energien besonders gefördert werden. Auch eine größere Effizienz der Energieumwandlung verdient Priorität. Der Einsatz sicherer fossiler Energieträger hat unter Beachtung der Umweltmaßstäbe zu erfolgen.

Die Gewerkschaften halten aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gründen an einer Energiepolitik fest, die es ermöglicht, so rasch wie möglich auf den Einsatz der Kernenergie zu verzichten. Um diesen Verzicht sozialverträglich durchzuführen, muß eine Neubewertung der gesamten Energiepolitik erfolgen. Dabei müssen alle wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, technologischen und gesellschaftspolitischen Folgen einer solchen Entscheidung genau geprüft werden.

Die ökologische Reform muß durch ein Bündel politischer Maßnahmen angekurbelt werden. Dringend erforderlich ist die Förderung umweltfreundlicher Technologien. Ökologisches Verhalten muß zugleich durch eine zielgerichtete Abgaben- und Ordnungspolitik belohnt werden. Hohe Bedeutung messen die Gewerkschaften einer umfassenden sozial-ökologischen Umgestaltung des Steuersystems bei. Das bedeutet, den Faktor Arbeit zu entlasten, den Energie- und Rohstoffverbrauch hingegen über Steuern und Beiträge zu verteilen. Die gesamte Belastung der Bevölkerung mit Steuern und Abgaben soll über den erreichten Stand hinaus nicht zunehmen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch höhere Energie- und Rohstoffpreise belastet werden, ohne an der Entlastung des Faktors Arbeit zu partizipieren, müssen einen sozialen Ausgleich erhalten. Solange Unternehmen bzw. Industriebereiche auf Grund der spezifischen Bedingungen ihrer Produktion nicht zumutbare Nachteile gegenüber Wettbewerbern aus anderen Ländern haben, sollten Steuerbefreiungen sowie Steuermäßigungen gelten.

3. Mehr soziale Gerechtigkeit verwirklichen

Das Volkseinkommen ist ungerecht zugunsten der Gewinne und zu Lasten der Arbeitnehmerreinkommen verteilt. Hiermit werden sich die Gewerkschaften nicht abfinden. Tarifpolitik bleibt deshalb auch Verteilungspolitik. Unser Ziel ist, mit Hilfe von tarif-, vermögens- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen mehr Verteilungsgerechtigkeit durchzusetzen.

Die Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung wird durch die Steuerpolitik vergrößert. Das Steueraufkommen beruht immer stärker auf der Einkommensteuer der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Zur Umsetzung unserer sozial-ökologischen Reform müssen alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beitragen. Die Gewerkschaften fordern daher einen angemessenen Beitrag der Menschen mit großen Einkommen und der Besitzer von großen Vermögen. Nur in diesem Fall - und wenn schrittweise mehr Lebensqualität und gesellschaftliche Dienstleistungen an die Stelle individueller Ausgaben treten - halten wir auch einen finanziellen Beitrag von Durchschnittsverdienerinnen und -verdienern für die sozial-ökologische Reform für vertretbar.

Wir fordern mit Nachdruck, endlich massiv gegen die weitverbreitete Steuershinterziehung vorzugehen. Außerdem brauchen wir einheitliche Regeln in Europa zur Besteuerung von Zins-einnahmen und internationale Vereinbarungen zur Einschränkung der Steuerflucht, damit private Großvermögen, große Erbschaften und Spekulationsgewinne wirkungsvoller besteuert werden können. Die Steuervorteile des Ehegattensplittings müssen begrenzt werden

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind immer noch weitgehend von der Teilnahme am Produktivkapital ausgeschlossen. Auch in Ostdeutschland ist es nicht gelungen, die Privatisierung der Vermögensbestände und die Neubildung von Produktivkapital für eine gerechtere Vermögensverteilung zu nutzen. Wir wollen deshalb unsere Anstrengungen für eine bessere Beteiligung der Beschäftigten am Produktivkapital verstärken. Wir fordern, die gesetzlichen Voraussetzungen für entsprechende tarifpolitische Initiativen der Gewerkschaften zu schaffen.

4. Gleichwertige Lebensbedingungen in den Regionen schaffen

Der Sozialstaat ist verpflichtet, für die Menschen in allen Regionen gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Dies gilt für Deutschland wie für Europa. Die Gewerkschaften fordern, regional-, industrie-, technologie- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu bündeln. Es muß erreicht werden, die Entwicklungschancen benachteiligter Regionen zu stärken und den dort lebenden Menschen die verbürgte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern.

Besonders notwendig ist der soziale Ausgleich zwischen Ost- und Westdeutschland. Unser Ziel lautet, die soziale Einheit in Ost und West so rasch wie möglich zu erreichen.

Für viele Menschen in den neuen Bundesländern haben sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen zwar verbessert. Viele andere, insbesondere Frauen, verbleiben in Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Zukunftsangst. Wir machen uns darum stark für Investitionen und für die Angleichung der Arbeitnehmereinkommen in Ost- und Westdeutschland. Vorrangiges Ziel aller Bemühungen in den neuen Ländern ist, neue industrielle Arbeitsplätze aufzubauen. Öffentlich geförderte Beschäftigung muß besonders in Ostdeutschland helfen, Phasen der Arbeitslosigkeit zu überbrücken.

5. Markt und Staat, Mitbestimmung und Gestaltung

Die Geschichte zeigt, daß dogmatische Steuerungskonzepte untauglich und perspektivlos sind. Auf der einen Seite ist der autoritäre Staat unfähig, die Grundrechte der politischen Freiheit und die Gebote der ökonomischen Effektivität zu erreichen, und auf der anderen Seite liegen die sozialen und ökologischen Grenzen von freien Marktprozessen auf der Hand: In den Industrieländern herrscht millionenfache Arbeitslosigkeit, in den armen Weltregionen Not und Elend, und überall besteht Raubbau an der Natur. Dies ist verantwortungslos gegenüber den heutigen wie zukünftigen Generationen.

Die soziale Marktwirtschaft ist besser als andere Wirtschaftsordnungen geeignet, die Ziele der Gewerkschaften zu erreichen. Der hohe materielle Wohlstand unserer Gesellschaft beruht auf ihrer Leistungsfähigkeit und auf der Leistungskraft der Menschen. Aber auch sie hat weder Massenarbeitslosigkeit noch Ressourcenschwund verhindert; auch sie hat soziale Gerechtigkeit nicht hergestellt.

Unser Verständnis von sozialer Marktwirtschaft zielt darauf, einzelbetriebliche Rationalität und gesamtwirtschaftliche Vernunft besser in Einklang zu bringen. Wir setzen sowohl auf marktwirtschaftliche Steuerung wie auf Intervention durch den aktiv handelnden Sozialstaat. Wir setzen auf gesellschaftlichen Dialog und Mitbestimmung. Und wir setzen auf sozial-ökologische Reformen. Nur in der Verbindung dieser Elemente können wir eine Wirtschaft gestalten, die gesellschaftlichen Interessen gerecht wird.

Den Gewerkschaften geht es um Entscheidungen der Gesellschaft, wie sie leben, arbeiten und wirtschaften will. Wir wollen uns darüber verständigen, welche Werte Vorrang für unser Handeln bekommen. Wir müssen uns - auch in Konflikten - darüber verständigen, wie wir gesellschaftliche Reformen durchsetzen.

Eine politische Gestaltung, die bei divergiierenden Interessen und Machtkonstellationen auf gesellschaftliche Vernunft setzt, ist in hohem Maße abhängig von der Dialog- und Konsensfähigkeit gesellschaftlicher Gruppen, von den Mitbestimmungsrechten und -kompetenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, von der gesellschaftlichen Steuerungsfähigkeit und von der Legitimität ökonomischer Entscheidungen.

Wir wollen an der Modernisierung von Produktion und Dienstleistungen aktiv mitarbeiten. Wer - wie die Gewerkschaften - Veränderungen aufgeschlossen registriert, wird sich ihnen gegenüber nicht abschotten, sondern sich an der Gestaltung beteiligen und mitbestimmen.

Der Ausbau der Mitbestimmung gehört daher für uns zum Kern einer sozialen und demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Neben mehr Mitbestimmungsrechten in den Betrieben und in den Unternehmen gehören dazu demokratische Beteiligungsstrukturen im außer- und überbetrieblichen Bereich. Beräte der gesellschaftlichen Gruppen in der Region sollen sich auf Entwicklungspläne als Orientierungsgrundlage für wirtschaftliche, soziale und ökologische Entscheidungen verständigen. Industrie- und dienstleistungspolitische Dialoge in der Branche, im nationalen wie transnationalen Bereich, dienen ebenfalls dem Ausbau eines institutionalisierten Systems der Beratung, der Beteiligung und Mitbestimmung. Sie stellen eine Brücke zwischen unternehmenspolitischen Entscheidungen und industrie- und strukturpolitischen Weichenstellungen her.

6. Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung

Das Ziel muß sein, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Industrieländern grundlegend neu zu gestalten und die Entwicklungs- und Schwellenländer in eine sozial gerechtere Weltwirtschaftsordnung mit einzubeziehen. Hieran wollen wir mitwirken.

Wie im nationalen Bereich der Markt reguliert werden muß, so ist dies auch für die internationalen Marktbeziehungen unabdingbar. Nur im Rahmen klarer Regelungen kann der freie Welthandel seine Vorteile entfalten und für mehr Wohlstand und mehr Gerechtigkeit sorgen. Wir erwarten eine entsprechend aktive Politik der Welthandelsorganisation. Innerhalb solcher Regeln geben wir dem freien Welthandel gegenüber protektionistischen Strategien den Vorzug.

Es ist für uns unverzichtbar, Ausbeutung und einseitige Abhängigkeiten von Entwicklungsländern abzubauen. Deshalb unterstützen die Gewerkschaften mit Nachdruck die Forderungen der Entwicklungsländer nach Schuldenerlaß, Ausweitung der Exportchancen und Stabilisierung der Exporterlöse.

Umwelt-, Sozial- und Lohndumping zählen zu den gefährlichsten Risikofaktoren einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt das deutlich auf: Billiglöhne und bedrückende Arbeitsbedingungen locken Arbeitsplätze aus den Industrienationen in die Entwicklungsländer. In den Industriestaaten wächst dadurch die Arbeitslosigkeit. In den Entwicklungsländern bilden sich wegen der Billiglöhne dennoch keine kaufkräftigen Märkte. Darum nimmt auch dort das Elend zu.

Keine Volkswirtschaft kann es sich auf Dauer leisten, ihre Grenzen für Produkte aus Ländern zu öffnen, die sich ihre Wettbewerbsvorteile durch Umwelt- und Sozialdumping verschaffen. Darum müssen die Menschen in den Entwicklungsländern im Gegenzug für die Öffnung der Märkte demokratische Freiheitsrechte bekommen und unabhängige Gewerkschaften gründen können. Freie Gewerkschaften tragen dazu bei, daß soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden.

Die Industriestaaten dürfen eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung nicht nur von anderen fordern, sondern müssen bei sich selbst damit anfangen. Gegebenenfalls muß Deutschland vorangehen, auch wenn andere noch zögern. Dann gibt es eine Chance für eine Wende in der internationalen Handels- und Entwicklungspolitik. Für alle Produkte und Handelsgüter müssen Standards vereinbart werden, die die soziale und ökologische Verträglichkeit langfristig garantieren.

In der globalisierten Wirtschaft stehen einzelne Nationen weltweiten Entwicklungen immer ohnmächtiger gegenüber. Handelskonflikte und Devisenspekulationen können im Extremfall ganze Volkswirtschaften ruinieren. Eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung bedeutet, handelspolitische Konflikte zu begrenzen und die internationalen Finanzmärkte zu regulieren. Die internationale Geld- und Währungspolitik muß besser koordiniert werden. So rasch wie möglich müssen Maßnahmen und Instrumente entwickelt werden, die den Anreiz für die internationale Devisenspekulation dauerhaft mindern. Auch aus diesem Grund unterstützen die Gewerkschaften eine einheitliche europäische Währung.

Der weltweite Strom von Arbeitskräften darf nicht zu illegaler Beschäftigung und Lohndumping führen. Die Gewerkschaften wollen die Arbeitsbedingungen in der Europäischen Union durch soziale Mindeststandards verbessern. Eine europäische Einwanderungspolitik muß Menschen aus anderen Ländern eine geregelte und faire Chance geben.

III. DEN SOZIALSTAAT DURCH REFORMEN SICHERN

Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialer Frieden, eine gut ausgebauten Infrastruktur, die innere Sicherheit und bürgerfreundliche öffentliche Dienste prägen die Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie ökonomische Prosperität. Das ökonomische Konkurrenzprinzip unserer Wirtschaftsordnung muß durch soziale Gerechtigkeit und Sicherheit ergänzt werden; nur dann ist eine Gesellschaft erreichbar, in der jeder selbstbestimmt und gleichberechtigt leben und arbeiten kann. Der Sozialstaat ist daher aus Sicht der Gewerkschaften ein Fundament unserer Gesellschaftsordnung. Ihn durch Reformen zu sichern, ist ein zentraler Bestandteil gewerkschaftlicher Politik.

1. Öffentliche Dienste und Lebensqualität gehören zusammen

Unser Ziel ist, den Menschen mehr persönliche Freiheit und individuelle Wahlmöglichkeiten zu sichern. Darum bekämpfen die Gewerkschaften vehement alle Vorstellungen von einem Minimalstaat, der sich auf vermeintliche Kernaufgaben oder Hoheitsfunktionen zurückziehen soll. Der Markt schafft aus sich selbst heraus weder soziale Gerechtigkeit noch soziale Sicherheit; er garantiert weder ausreichend Erwerbsarbeit noch Bildungschancen für alle oder eine gerechte Vermögensverteilung. Deshalb fordern die Gewerkschaften die staatliche Verantwortung für gesellschaftlich akzeptierte Lösungen. Wir wollen staatliche Initiativen für Innovationen und staatliche Regulierungen, die möglichst in der gesamten Europäischen Union gelten.

Obwohl die Gewerkschaften eine forcierte Privatisierung und Deregulierung ablehnen, vertreten wir nicht die Vorstellung, der Staat müsse alles regeln. Die Gewerkschaften plädieren vielmehr für staatliche und gesellschaftliche Verantwortung, die Märkte reguliert, die selbstverantwortliche Entfaltung der Individuen stärkt, Standards für öffentliche und private Dienste vorgibt und kontrolliert sowie den Erhalt sozialer Sicherungssysteme garantiert.

Im föderativen Staatsaufbau kommt den Städten und Gemeinden eine besondere Bedeutung zu. Die koordinierende und steuernde öffentliche Hand ist unentbehrlich, damit das Leben in unseren Kommunen und Regionen lebenswert bleibt. Ökologische und soziale Aufgaben sind immer stärker miteinander verwoben. Es gehört für uns zum Sozialstaat, daß Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, die Raumplanung, die Weiterentwicklung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, die Gewährleistung der inneren Sicherheit, der Kommunikation, der Ver- und Entsorgung in parlamentarischer Verantwortung sozial- und umweltverträglich garantiert bleiben.

Die Gewerkschaften unterstützen einen fairen Wettbewerbs zwischen öffentlichen und privaten Diensten, wenn unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Qualitätsstandards vorab festgelegt werden. Gemeinwohlorientierung, alle Anforderungen an Rechtsstaatlichkeit, Sozial- und Umweltverträglichkeit sowie die dauerhafte Gewährleistung müssen durch öffentliche Kontrolle sichergestellt werden. Die Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung von Verlusten lehnen wir ab.

Eine bezahlbare Wohnung gehört zu den grundlegenden Bedürfnissen jedes Menschen. Auch für die Bezieherinnen und Bezieher unterer und mittlerer Einkommen, für Familien mit Kindern und für ältere Menschen muß es davon ein ausreichendes Angebot geben. Darum brauchen wir weiterhin sozialen Wohnungsbau und die Förderung von Wohneigentum für diese Bevölkerungsgruppen.

2. Das soziale Sicherungssystem durch Reformen festigen und erneuern

Notwendige Aufgaben der Sozialpolitik sind:

- die Sicherung von Erwerbschancen für alle Mitglieder der Gesellschaft,
- die Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung,
- der Schutz vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen und die Bereitstellung ausreichender medizinischer und pflegerischer Versorgung für alle Mitglieder der Gesellschaft,
- die weitgehende Sicherung des Lebensstandards, den sich die Erwerbstätigen erarbeitet haben, wenn eine Erwerbstätigkeit aufgrund des Alters, von Arbeitslosigkeit, von Erwerbsunfähigkeit und Erkrankung nicht möglich ist,
- die Förderung der Familie und anderer Formen gemeinschaftlichen Lebens, genauso wie die Entwicklung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten durch Einrichtungen der Jugendhilfe und des Schulwesens.

Freiheit und Selbstverantwortung können sich nur entfalten, wenn ausreichende materielle und soziale Grundlagen durch solidarische, gesellschaftliche Anstrengungen geschaffen werden. Gemeinsam verabredete und auf Solidarität gründende Regeln sind und bleiben Voraussetzung für Individualität.

Der wirtschaftliche, soziale und demographische Wandel unserer Gesellschaft stellt neue Anforderungen an das System der sozialen Sicherheit. Zugleich verändert dieser Wandel die Ausgangslage für das soziale Sicherungssystem.

Durch die Folgen der Globalisierung, der anhaltenden Arbeitslosigkeit und durch die falsch verteilten Lasten der deutschen Einheit ist der Sozialstaat finanziell an seine Grenzen gestoßen. Durch den demographischen Wandel ergeben sich mittelfristig neue Herausforderungen.

Daneben erkennen die Gewerkschaften einen Reformbedarf, weil der Verwaltungsaufwand gesenkt, die Fehlsteuerung von Mitteln beseitigt und Handlungsdefizite der Selbstverwaltung abgebaut werden müssen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten ein höheres Maß an Bürgernähe und mehr Möglichkeiten zur Mitwirkung und Selbsthilfe.

Die Gewerkschaften setzen sich entschieden für strukturelle Reformen unseres Systems der sozialen Sicherheit ein, damit es seine Aufgaben auch zukünftig erfüllen kann.

Angesichts steigender Kosten des Sozialstaates suchen immer mehr Menschen und Unternehmen nach Wegen, seine Belastungen zu vermeiden.

Die Gewerkschaften fordern daher Investitionen in die aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist der beste Weg, Armut und Not zu verhindern und die sozialen Sicherungssysteme auf eine tragfähige Grundlage zu stellen.

Um Lücken im sozialen Sicherungssystem zu schließen, fordern die Gewerkschaften, daß die Versicherungspflicht und der Versicherungsschutz alle Formen von Erwerbsarbeit einschließt. Illegale Beschäftigung und neue Formen von Arbeitsverhältnissen außerhalb der Sozialversicherungspflicht entstehen häufig nur, um Sozialversicherungsbeiträge und Steuern vorzuverhüten. Dagegen wenden sich die Gewerkschaften mit Nachdruck. Ebenso entschieden verurteilen wir den Mißbrauch von Leistungen des sozialen Sicherungssystems.

Der Grundsatz der paritätischen Finanzierung der Beiträge durch Arbeitgeber einerseits und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer andererseits hat sich bewährt. Notwendig ist, alle versicherungsfreien Leistungen des sozialen Sicherungssystems durch Steuern zu finanzieren. Dies entlastet die Beiträge und damit auch die Lohnnebenkosten und ist zudem ein wichtiger Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Prävention, also eine Politik der konsequenten Risikovermeidung, dient den Bedürfnissen der Menschen wie der Stabilität der sozialen Sicherungssysteme. Die Gewerkschaften fordern Investitionen in die vorbeugende Gesundheitssicherung, insbesondere in den betrieblichen Gesundheitsschutz.

Die Gewerkschaften fordern ein System der Gesundheits- und Pflegeversicherung, das die Chancen der medizinischen und pflegerischen Betreuung unabhängig von der individuellen Einkommens- und Vermögenssituation gewährleistet. Dies erfordert eine solidarische Teilung der Lasten. Die Gerechtigkeit gebietet es, die Versicherungspflichtgrenzen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung aufzuheben.

Für die Gewerkschaften ist es nicht akzeptabel, daß in unserer Gesellschaft einerseits der Reichtum, andererseits aber auch Armut wächst. Besondere Sorge bereitet uns der sprunghafte Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger. Viele Menschen sind nur deshalb auf Sozialhilfe angewiesen, weil ihnen die Sozialversicherung nicht oder nicht lange genug einen ausreichenden Schutz sichert. Die Gewerkschaften fordern deshalb, eine bedarfsoorientierte, nicht diskriminierende Mindestsicherung in das jeweils zuständige Sozialversicherungssystem einzubauen. Dies gilt vordringlich bei Arbeitslosigkeit, aber auch für niedrige Renten. Sie muß aus Steuermitteln finanziert werden.

Die Gewerkschaften treten für eine Effizienzsteigerung in den Systemen der sozialen Sicherheit ein, um die Beitragssätze zu stabilisieren und die Qualität der Leistungen zu verbessern.

Wir halten es unter diesen Voraussetzungen für richtig und möglich, die Sozialabgabenquote zu stabilisieren und mittel- bis langfristig zu senken.

Die Lebens- und Familienformen verändern sich. Der Wunsch der Menschen nach individueller Selbstständigkeit und Handlungsfreiheit wird stärker. Mit abnehmender Bedeutung gemeinschaftlicher Lebensformen sind die Menschen umso mehr auf den Schutz durch den Sozialstaat angewiesen.

Wir setzen uns dafür ein, Selbsthilfebestrebungen einen größeren Raum zu geben. Individuelle Entscheidungsspielräume und Wahlmöglichkeiten müssen ausgebaut werden. Wir treten für mehr Wirkungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung in den einzelnen Zweigen des sozialen Sicherungssystems ein.

Wir stehen vor Veränderungen der Altersstruktur mit nachhaltigen Rückwirkungen auf das System der sozialen Sicherung. Die Gewerkschaften halten eine Harmonisierung der verschiedenen Alterssicherungssysteme für notwendig, um Ungerechtigkeiten abzubauen. Sie muß gewachsene Ansprüche anerkennen, aber langfristig allen Mitgliedern der Gesellschaft vergleichbare Sicherungschancen schaffen.

Wir fordern einen höheren Bundeszuschuß zur Rentenversicherung. Auch ein flexiblerer Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand kann einen wichtigen Beitrag zur Finanzierbarkeit der Sozialversicherung leisten. Teilzeitarbeitsplätze für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten deren Erwerbsquote erhöhen und zu einem späteren Eintritt in die Rente führen. Zugleich ist dies ein Beitrag zur humanen Gestaltung von Arbeitszeiten.

Ein moderner Sozialstaat muß die Gleichstellung von Mann und Frau in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft umsetzen helfen. Er muß zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen und sie im Rahmen seiner Familienpolitik fördern, nicht zuletzt durch Einrichtungen der Jugendhilfe und des Schulwesens. Dies schließt die Anerkennung neuer Lebensformen ein. Der Gesetzgeber muß durch ein Gleichstellungsgesetz sicherstellen, das Frauen im öffentlichen Leben und in der Arbeitswelt nicht mehr benachteiligt werden.

Die Sozialpolitik hat junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern. Sie muß schon vorbeugend Benachteiligungen vermeiden und abbauen. Die Gewerkschaften werden sich für bessere Rahmenbedingungen und für den Ausbau von Angeboten für Kinder, Jugendliche und ihre Familien stark machen.

Eine wichtige, langfristige Aufgabe ist, den Wandel der Lebensformen bei der Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems stärker zu berücksichtigen. Noch immer beruht die Sozialversicherung auf dem Modell der Familien, in denen ein Ernährer mit ununterbrochener Erwerbstätigkeit für die soziale Sicherung sorgt. Dieses Modell geht aber zunehmend an der Realität vorbei. Notwendig ist, schrittweise die bisher abgeleiteten Ansprüche von Nichterwerbstätigen aus der Sozialversicherung durch eigenständige Ansprüche abzulösen. Insbesondere gilt dies für eine eigenständige Rentenversicherung von Frauen, die an die Stelle der bisherigen Hinterbliebenenversorgung treten muß. Die Gewerkschaften sind bereit, an einer solchen Reform des sozialen Sicherungssystems mitzuwirken.

IV. ANFORDERUNGEN AN UNSERE DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT

Die parlamentarische Demokratie ist und bleibt für uns die einzige Regierungsform, die Freiheit und Demokratie gewährleistet. Sie bietet die rechtlichen Garantien, unter denen freie und unabhängige Gewerkschaften sich entfalten können. Mit anderer Organisationen und Institutionen verbindet die Gewerkschaften der Wille, das Gemeinwesen aktiv mitzugestalten und voranzubringen.

Eine demokratische Gesellschaft hat kritische, unabhängige Medien und eine lebendige, kulturelle Vielfalt zur Voraussetzung. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist, die Chancengleichheit der Menschen zu garantieren. Hierzu muß ein zeitgemäßes Bildungssystem betragen.

1. Politische Freiheitsrechte erweitern

Die Bürgerinnen und Bürger wollen heute an der Demokratie und an staatlichen Entscheidungen stärker beteiligt werden. Das steht in Einklang mit den Zielen der Gewerkschaften: Unser Engagement zielt immer darauf, persönliche und politische Freiheitsrechte auszubauen und mehr Beteiligungsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchzusetzen.

Wir wollen die Demokratie festigen, indem wir uns dafür einsetzen, daß die Entscheidungskraft der durch Verfassung und Wahlen legitimierten Institutionen gestärkt werden. Parallel dazu treten wir für mehr Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen ein. Dies betrifft Entscheidungen in Bund, Ländern und Kommunen. Volksbefragungen und Volksentscheide sind für uns Ergänzungen der parlamentarischen Demokratie.

Die Gewerkschaften vertrauen darauf, daß sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv und in verschiedenen Formen bei der politischen Willensbildung einzumischen. Je mehr Menschen ihre Kompetenz einbringen, Argumente äußern und Meinungsstreit friedlich austragen, desto sicherer wird die Zukunft der Gesellschaft und der Demokratie.

Der Staat braucht die Beteiligung und kompetente Beratung von großen gesellschaftlichen Organisationen, die bereit sind, notwendige Kompromisse mit zu tragen. Den Gewerkschaften kommt dabei mit ihrer Kompetenz und Erfahrung hohe Bedeutung zu. Wir wollen darum unsere Positionen in gesellschaftlichen Diskussionen noch stärker herausstellen.

Die Einigung Europas kann nur gelingen, wenn sie mit mehr Demokratie verbunden wird. Wir treten für eine Europäische Union ein, in der die Exekutive dem Europäischen Parlament verantwortlich ist. Stärkeres Gewicht verdient der Gedanke eines "Europas der Regionen". Auf diese Weise müssen den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten verschafft werden, auf die Gestaltung Europas Einfluß zu nehmen.

Chancengleichheit gehört untrennbar zur Substanz jeder Demokratie. Die Gewerkschaften unterstützen deshalb die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft. Appelle zum Teilen der Macht zwischen den Geschlechtern sind weitgehend wirkungslos verhalt. Wir halten deshalb Quotenregelungen für Frauen auf allen Gebieten für erforderlich. Nur so ist die rechtlich garantie Gleichstellung von Frauen und Männern auch praktisch umzusetzen.

Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört die Integration der bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die staatsbürgerliche Gleichstellung der Zuwandernden. Die Gewerkschaften setzen sich für eine tolerante Gesellschaft ein, in der ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger das Recht und die Möglichkeit haben, mit ihrer Kultur und ihren Erfahrungen unsere Gesellschaft zu bereichern.

Demokratie und Menschenrechte werden in vielen Ländern mit Füßen getreten. Viele Menschen fliehen vor Verfolgung aus politischen, religiösen, rassistischen und sexuellen Gründen. Die Gewerkschaften engagieren sich für eine Politik, die diesen Flüchtlingen Schutz und ein menschenwürdiges Leben in unserem Land gewährt. Wir treten für eine gerechte und humane Zuwanderungspolitik ein. Zuwanderung fördert nicht nur die kulturelle Vielfalt. Angesichts der beginnenden Überalterung unserer Gesellschaft wird sie mittelfristig sogar notwendig.

Die Gewerkschaften treten allen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit - auch in den eigenen Reihen - entgegen. Wir werben für Offenheit gegenüber Fremden und Zugewanderten und unterstreichen unsere Verpflichtung, uns in den Betrieben und Verwaltungen für Toleranz einzusetzen.

2. Kulturelle Vielfalt und demokratische Medien fördern

Demokratie lebt von kultureller Vielfalt sowie von der Möglichkeit, selbstbestimmt Entscheidungen zu treffen. Kulturelle Angebote wahrzunehmen und sich aktiv dem Lebensumfeld zu widmen sind Voraussetzungen, die menschlichen Bedürfnisse und Fähigkeiten zu entwickeln. Nur so ist es möglich, kreative Potentiale zu entfalten und das Leben phantasievoll zu gestalten. Das gilt auch für die Arbeitswelt.

Investitionen in die Künste und Kultur sind für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar. Die künstlerische Freiheit muß dabei gewahrt bleiben. Die öffentliche Kulturförderung muß einen ungehinderten Zugang zu einem vielfältigen kulturellen Angebot ermöglichen. Kulturelle Lebensqualität darf nicht das Privileg allein von Wohlhabenden und Bildungseliten sein.

Die Wahrnehmung der Realität wird zunehmend über Medien vermittelt. Das Fernsehen, der Computer und das Telefon prägen unsere Lebens- und Arbeitsweise. Dies wird sich mit den multimedialen Anwendungen noch verstärken.

Die Gewerkschaften unterstützen die Vielfalt unserer Medienlandschaft. Wir sehen allerdings auch Konzentrationstendenzen, die dieser Vielfalt entgegenstehen können.

Die neuen Formen der Kommunikation und Information können zu einer größeren Vielfalt beitragen. Voraussetzung ist, daß alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigten Zugang zu elektronischen Netzen haben, ihre Persönlichkeits- und Datenschutzrechte wahrnehmen und selbstbestimmt Informationen empfangen und verbreiten können. Die Politik hat für die entsprechenden Rahmenbedingungen zu sorgen.

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt nach Auffassung der Gewerkschaften bei der Meinungsbildung eine besondere Bedeutung zu. Er ist Garant einer pluralistischen Medienordnung. Er hat die Grundversorgung mit Angeboten an Information und Meinungen, Kultur und Unterhaltung zu gewährleisten. Dazu muß er reformiert und sein Angebot ausgebaut werden.

Doch auch die privaten Medien, gleich ob Rundfunk oder Presse, sind dem Demokratiegebot verpflichtet. Sie müssen ebenfalls politische Informationen und kulturelle Bildung qualitativ und quantitativ ausreichend anbieten.

Alle Medien stehen in der Verantwortung, daß in ihren Beiträgen die Menschenwürde gewahrt wird. Dies schließt die Verherrlichung von Gewalt, auch sexueller Gewalt, und Fremdenfeindlichkeit aus. Unerlässlich ist die innere Presse- und Rundfunkfreiheit.

Meinungsfreiheit und Informationsvielfalt erfordern eine konsequente Kontrolle und Begrenzung von Medienmacht durch wirksame Antikonzentrationsregelungen. Diese dürfen angesichts des Machtpotentials transnationaler Medienkonzerne und der mit ihnen verflochtenen Industrien nicht auf die Bundesrepublik beschränkt sein.

3. Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft

Bildung ist die Grundlage für eine freie, solidarische und gerechte Gesellschaft. Sie dient der Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und macht den Menschen erst zum Gesellschaftswesen. Sie trägt entscheidend zur Chancengleichheit für alle bei und ist zugleich das wichtigste Kapital unseres Wirtschaftsstandortes.

Die Veränderungen in der Wirtschaft und in der Gesellschaft erfordern veränderte Aufgaben der Bildung:

- Bildungsziel ist, die Fähigkeit zu kritischem, selektivem, orientierendem Umgang mit Wissen zu vermitteln. Es geht darum, die Menschen zu befähigen, ihren lebenslangen Bildungsprozeß selbst zu organisieren und dabei die umfassenden Informationsangebote konstruktiv zu nutzen.
- Das Bildungswesen muß Kindern und Jugendlichen helfen, sich in einer ständig verändernden Lebenswelt zurechtzufinden. Die Auflösung von traditionellen Milieus und familiären Bindungen machen es notwendig, schon frühzeitig selbstständiges Handeln zu lernen.
- Die Arbeit der Zukunft erfordert neue Qualifikationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das Verständnis von Beruflichkeit wandelt sich. Innerhalb von Berufsfeldern verändern sich die Anforderungsprofile und die Inhalte der Arbeit immer rascher, und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wechseln ihren Beruf im Laufe des Arbeitslebens immer häufiger.
- Die fortgeschrittene Zerstörung der Natur, die Endlichkeit stofflicher Ressourcen machen einen neuen Fortschrittsbegriff nötig. Nicht daß alles machbar wird, ist das Ziel von Bildung, sondern Menschen, die kritisch und verantwortlich mit den Möglichkeiten von Wissenschaft umzugehen gelernt haben.

Die Gewerkschaften setzen sich daher für eine Reform des Bildungswesens ein.

Wir plädieren für Bildungsstätten, in denen sich Kinder und Jugendliche gemeinsam mit anderen auf unterschiedlichste Lebenssituationen vorbereiten, Solidarität und Toleranz lernen, aber auch das Rüstzeug erwerben, um die rasanten Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt zu meistern. Wichtig ist die Aneignung von Schlüsselkompetenzen.

Wir treten für Schulen mit eigenem Profil und hoher Selbständigkeit ein. Flexible Lehr- und Lernformen müssen das traditionelle starre Unterrichtsschema ablösen. Die Schule muß alle Begabungen fördern.

Für die Gewerkschaften ist es eine zentrale Aufgabe, daß Kinder aus allen sozialen Schichten gleichberechtigt Bildungschancen offenstehen. Dazu zählt, die Idee der "Zweiten Chance" in den Bildungseinrichtungen zu verwirklichen.

Vorschulische Kindertageseinrichtungen, Einrichtungen der Jugendhilfe und schulische Ganztagsangebote leisten einen wichtigen Beitrag für Chancengleichheit. Es sind spezifische Hilfen für Kinder von Zuwanderern notwendig, damit sie in die Gesellschaft integriert werden können. Behinderte können und sollen mit nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern gemeinsam unterrichtet werden.

Die integrierte Gesamtschule wirkt sozial ungleich verteilten Chancen entgegen.

Das Bildungswesen hat einen großen Anteil daran, daß die Beteiligung von Frauen in der Gesellschaft verringert wurde. Es muß aber weiter gezielt gegen traditionelle Rollenfixierungen angehen, die gleichen Lebenschancen von Frauen und Männern immer noch entgegenstehen.

Die Gewerkschaften fordern eine Stärkung und Erneuerung der dualen Berufsausbildung. Berufliche Bildung muß den Jugendlichen Qualifikationen vermitteln, die langfristig notwendig und nützlich sind. Berufliche Fachausbildung muß ergänzt werden um überfachliche Qualifikationen. Teamarbeit, selbstständiges Arbeiten, Einbeziehung in Qualitätsmanagement, Beherrschung neuer Technologien - zu solchen Schlüsselqualifikationen muß berufliche Bildung befähigen. Dies gilt für Produktions- wie Dienstleistungsberufe. Allgemeinbildung muß im beruflichen Schulwesen einen größeren Stellenwert erhalten.

Die Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung ist aufzuheben. Dazu gehört auch ein größeres Angebot an doppelt-qualifizierenden Ausbildungsgängen sowie die Öffnung der Hochschulen für Bewerberinnen und Bewerber mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung ohne zusätzliche Auflagen und Studieneingangsprüfungen.

Alle Jugendliche müssen einen qualifizierten Ausbildungsplatz erhalten. Das ist das erste Ziel gewerkschaftlicher Berufsbildungspolitik. Wir fordern einen individuellen Rechtsanspruch auf berufliche Bildung und einen überbetrieblichen Lastenausgleich zwischen Unternehmen und Verwaltungen einschließlich des öffentlichen Dienstes.

Die Weiterbildung muß gesetzlich verankert und zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungswesens ausgebaut werden. Weiterbildung darf kein Privileg für diejenigen sein, die am Arbeitsmarkt ohnehin im Vorteil sind. Insbesondere Jugendlichen, Langzeitarbeitslosen oder Berufsrückkehrerinnen und Arbeitnehmern, ohne Abschluß, älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, müssen zusätzliche Hilfe zur Qualifikation angeboten werden. Erforderlich ist die Schaffung eines bundeseinheitlichen Rahmens, damit in einem vielfältigen Angebot von Weiterbildungsträgern Chancengleichheit für alle gewährleistet werden kann. Der Rechtsanspruch auf Weiterbildung darf sich nicht in beruflicher Fortbildung und Umschulung erschöpfen; auch die allgemeine und politische Weiterbildung muß gesichert werden.

Die Qualität von Wissenschaft und Forschung ist ein zentraler Standortfaktor für Deutschland und Europa. Um ihren wachsenden Aufgaben für die ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Entwicklung gerecht zu werden, müssen Hochschulen und Forschungseinrichtungen tiefgreifend reformiert werden. Fernstudiengänge sind auszubauen, die Hochschulen müssen sich der wachsenden Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten stellen.

Die Gewerkschaften treten dafür ein, die Ziele und Inhalte von Studiengängen neu zu bestimmen. Wissenschaftliche Theoriebildung und gesellschaftliche Praxis müssen in eine Wechselbeziehung gebracht werden. Der Praxisbezug des Studiums darf nicht auf arbeitsmarktbezogene Fähigkeiten reduziert werden.

Ein Rahmenplan für die künftige Gestaltung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist in einem gleichberechtigten Dialog der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Regierungen und Parlamenten unter Beteiligung der Gewerkschaften zu schaffen.

Die Finanzierung von Hochschule und Forschung ist Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Die materiellen Rahmenbedingungen des Studiums müssen durch eine kostendeckende Ausbildungsförderung verbessert werden, um soziale Chancengleichheit zu garantieren.

Bildung ist eine öffentliche Aufgabe. Aufgaben und Rahmenbedingungen müssen gesetzlich geregelt werden. Der Staat muß die sachlichen und personellen Rahmenbedingungen des Bildungswesens langfristig und zuverlässig sichern.



Die öffentliche Verantwortung für das Bildungswesen gilt auch da, wo es wie bei Jugendhilfe, beruflicher Bildung und Weiterbildung ein Nebeneinander von privaten und staatlichen Trägern gibt. Öffentliche Verantwortung schließt ein, die Beschäftigten und die Lernenden der Bildungseinrichtungen an der gestalterischen Mitverantwortung zu beteiligen.

Der soziale und demokratische Rechtsstaat ist zur Verwirklichung des Rechts auf Bildung verpflichtet. Die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, daß die Bildung als Schlüsselfaktor für die Zukunft in Politik und Gesellschaft hohe Priorität gewinnt.

V. Die Zukunft der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften wollen auch angesichts neuer Herausforderungen die handlungs- und durchsetzungsfähigen Interessenvertreter für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben. Darum haben sie sich zum Ziel gesetzt, für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver zu werden, auch für die, die den Gewerkschaften bislang abwartend und skeptisch begegnen.

1. Vielfalt in der Einheit verwirklichen

In vielen Branchen und Organisationsbereichen entspricht die Mitgliederstruktur der Beschäftigungsstruktur der sechziger Jahre. Diesen Prozeß umzukehren, erfordert einen langfristig angelegten Prozeß der Organisationsentwicklung. Wir wollen Schwächen selbstkritisch reflektieren, Stärken ausbauen und neue Herausforderungen aufgreifen.

Besonders wollen wir die Erfahrungen und Probleme von Jugendlichen, Frauen, Beschäftigten in Kleinbetrieben, von Angestellten und Beamten in sogenannten "gewerkschaftsfernen Bereichen" aufgreifen. Wir werden ihre Interessen künftig verstärkt berücksichtigen - in der Betriebs- und Tarifpolitik wie bei gesellschaftlichen Reformüberlegungen.

Die Gewerkschaften wollen sich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern öffnen, die nicht über Betriebe, Verwaltungen und Behörden erreichbar sind. Wir werden Arbeitslose, Vorrueständer und Senioren ansprechen und für sie unsere Angebote zur Mitarbeit ausbauen.

Öffnung bedeutet auch, junge Menschen verstärkt anzusprechen, die ihre berufliche Qualifikation in Schulen und Hochschulen erwerben. Immer mehr Jugendliche entscheiden sich für außerbetriebliche berufliche Bildungswwege. Wir wollen ihre Interessen an qualifizierter Ausbildung und gesicherter Berufsperspektive mit den Interessen der Jugendlichen, die ihre Ausbildung im Betrieb erhalten, zusammenführen.

Die Organisations- und Handlungsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeiter stärken die Gewerkschaften. Ihre Interessen werden wir auch in Zukunft nicht vernachlässigen. Es geht darum, sensibel zu werden für die Vielfalt der Interessen in einer Organisation, in der sich Menschen mit unterschiedlichen Biographien, verschiedenen Bildungswegen und mit divergierenden Wünschen über ihre Arbeitswelt und ihr Leben zusammenfinden. Erst die Anerkennung unterschiedlicher Interessen macht eine solidarische Interessenpolitik der Gewerkschaften möglich.

2. Kompetenz und Beteiligung ausbauen

Die Zukunft der Gewerkschaften liegt in ihrer Verankerung in Betrieben und Verwaltungen. Hier können die Gewerkschaften die Interessen der Beschäftigten am besten aufgreifen. Sie sind die Richtschnur gewerkschaftlichen Handelns. Das verlangt Auseinandersetzen und differenzierte Argumentation, um verschiedeneartige Interessen auszugleichen und zusammenzuführen.

Notwendig wird also eine Betriebsarbeit der Gewerkschaften, die stärker auf Beteiligung und Zusammenwirken setzt. Betriebs- und Personalräte, gewerkschaftliche Vertrauensleute und die Beschäftigten als Experten ihres Arbeitsbereiches müssen angesichts der vielfältigen Aufgaben neue Formen von Zusammenarbeit und Arbeitsteilung entwickeln. Die Gewerkschaften wollen ihre Strukturen in der Betriebsarbeit in diesem Sinne ausbauen.

Wir streben an, die Gewerkschaftsarbeit der Betriebe enger miteinander zu verzähnen und so gemeinsame Konzepte und Orientierungen für betriebspolitisches Handeln entwickeln. Von herausragender Bedeutung sind dabei die Kenntnisse und Erfahrungen der zahlreichen ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionäre. Zur Unterstützung ihrer Arbeit werden die Gewerkschaften ihr Angebot an Beratung verbreitern.

Die Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben und Verwaltungen werden wir mit der Tarif- und Regionalpolitik verzähnen und in eine gesellschaftliche Reformstrategie einbetten.

Wir werden unseren Einfluß in der Gesellschaft, in den Medien und in den politischen Parteien stärken. Im Dialog mit Kirchen und Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, mit Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen werden wir für unsere Positionen werben. Dabei werden wir uns neuen Fragen stellen, eigene Positionen überprüfen und weiterentwickeln.

Politik gesellschaftlicher Reformen beginnt für uns in den Betrieben und Verwaltungen. Von dort aus müssen die Gewerkschaften ihre Reformanstreße, wenn es um die großen Themen dieser Gesellschaft geht, in die gesellschaftliche Diskussion einbringen.

Grundlage bleibt die eigenständige Willensbildung in den Gewerkschaften. Dies schließt eine Funktionalisierung durch andere Gruppen und Parteien aus. Ausdrücklich schließen wir jede Zusammenarbeit mit Parteien oder Gruppen aus, deren grundsätzliche Ziele im Gegensatz zu unseren Grundwerten und Zielen stehen.

3. Organisationskultur erneuern

Mehr Individualität und Vielfalt der Interessen verändern die Organisationskultur und Organisationsstruktur der Gewerkschaften. Diesen Prozeß werden wir weiterhin so fördern, daß gemeinsame Interessen entwickelt und durchgesetzt werden.

Die Legitimation und Verbindlichkeit der nach den Grundsätzen der innergewerkschaftlichen Demokratie getroffenen Entscheidungen wird gestärkt, wenn diese transparenter werden, nach einem ausführlichen Diskussionsprozeß zustandekommen und unter breiterer Beteiligung der Mitglieder umgesetzt werden.

Offen zu sein bedeutet, die ehrenamtliche Arbeit zu stärken. Dies schließt Angebote zum "Mitmachen" auch für die Menschen ein, die sich nicht kontinuierlich engagieren und "vereinnahmen" lassen wollen. Offenere Gewerkschaftsarbeit heißt zugleich, zu lernen, mehr Freiräume und Gelassenheit gegenüber Gruppen zu pflegen, für die gewerkschaftliche Praxis noch nicht selbstverständlich ist.

Die gewerkschaftliche Betriebs- und Tarifpolitik muß Kollektivität mit Individualität verbinden. Eine offene Organisationskultur, geprägt durch Toleranz und Teilhabe, verleiht unseren Werten von Solidarität, gegenseitiger Hilfe und demokratischer Selbstorganisation neues Gewicht.

4. Die Zukunft gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Europa

Die im Europäischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften wollen ein soziales und demokratisches Europa. Mit ihnen treten wir für Vollbeschäftigung und für eine sozial-ökologische Reform in ganz Europa ein.

In den Grenzregionen der EU-Staaten wird der Sinn europäischer Zusammenarbeit besonders augenfällig. Hier wollen die Gewerkschaften einen Schwerpunkt durch grenzüberschreitende Kooperation setzen. Wir wollen interregionale Gewerkschaftsräte bilden, um die Wirtschafts- und Strukturpolitik gemeinsam zu beeinflussen.

Die deutschen Gewerkschaften wissen, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa mit einer starken gemeinsamen Stimme ihre Interessen zu Gehör bringen müssen. Deshalb plädieren wir für eine Stärkung des Europäischen Gewerkschaftsbundes und der Berufssekretariate.

Effiziente gewerkschaftliche Gremien können für die Zukunft der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in Europa wichtige Beiträge leisten. Noch entscheidender hängt sie jedoch von etwas anderem ab: Vom Willen und der Fähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Gewerkschaften, Europa als Chance für ihre eigene Zukunft zu begreifen.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Deutschland erneuern unser Appell, nationale Engstirnigkeit und Konkurrenzängste zu überwinden und sich für die Schaffung eines einheitlichen Europas einzusetzen. Unser Grundsatzprogramm ist ein Beitrag und ein Teil einer gemeinsamen europäischen und internationalen gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Es gehört zu unserer Tradition und zu unserer Verantwortung, daß wir uns über Grenzen hinweg für Frieden, Zusammenarbeit, Verständigung und Aussöhnung engagieren. Unsere feste Überzeugung ist: Wer sich den unterschiedlichen Traditionen und Kulturen Europas öffnet, wird reicher und nicht ärmer. Die Gewerkschaften betrachten Europa als einen Fortschritt auf dem Weg zu einer friedvollen Welt. Wir werden alle unsere Kräfte dafür einsetzen, daß die Zukunft Europas sozial, gerecht und demokratisch sein wird.